

Vorlage Nr.: 2024/0876

Verantwortlich: **Dez. 5**

Dienststelle: **Gartenbauamt**

Wie sieht der aktuelle Zeitplan zur Fertigstellung des Bernhardusplatzes aus?

Anfrage: FDP/FW

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	24.09.2024	41	Ö	Kenntnisnahme

1. Weshalb haben sich die „nach Abschluss der Kanal- und Leitungsarbeiten“ für Mitte des Jahres vorgesehenen Umgestaltungsarbeiten des Bernhardusplatzes weiter verzögert?

Der Baustart der Umgestaltungsarbeiten am Bernhardusplatz hat sich verzögert, da die Angebote der ersten Ausschreibung mehr als 20% über der ursprünglichen Kostenrechnung lagen. Aufgrund dieser erheblichen Kostenüberschreitungen müssen in der Planung Anpassungen vorgenommen werden, um im ersten Bauabschnitt Kosten zu reduzieren. Diese Einsparungen sollen insbesondere durch die Verwendung von geringeren Mengen neuen Pflastermaterials erreicht werden (Beibehalten von Bestandsborden, Beibehalten kleiner Verkehrsgrünflächen zur Steuerung von Fuß und Rad-Verbindungen am Adenauerring etc.) Diese Änderungen werden die Gesamtwirkung des Platzes nicht beeinflussen. Aufhebung, Umplanung und erforderliche Neuausschreibung haben den Beginn der Bauarbeiten weiter verzögert.

2. Wann ist mit dem Beginn der eigentlichen Umbauarbeiten zu rechnen und wann mit dem Abschluss der Gesamtmaßnahme?

In den folgenden Wochen wird die Umplanung abgeschlossen und die Leistungsverzeichnisse angepasst. Nach Vorliegen der Umplanung erfolgt im Gartenbauamt die Prüfung in mehreren Schritten, bis die Auftragsbekanntmachung, Ausschreibung und Submission mit den erforderlichen Fristen bis Ende des Jahres erneut erfolgen kann. Nach Prüfung der Angebote und Erstellung des Vergabevorschlages kann der Bauausschuss voraussichtlich Anfang des Jahres 2025 darüber befinden. Davon abhängig kann die Beauftragung des Bieters erfolgen. Aktuell wird geprüft, ob Teile der Baumaßnahmen vorgezogen werden können, ohne gesetzliche Vergabevorgaben zu verletzen.

3. Wurden Umbaupläne seitens der Stadtverwaltung in diesem Jahr nochmals geändert, die dem Karlsruher Gemeinderat noch nicht bekannt sind? Falls ja, welche?

Es wurden nur geringfügige Änderungen im Zuge der Ausführungsplanung vorgenommen, die aber die wesentlichen Züge des Entwurfes weder schwächen noch ändern.

4. Wie ist der Sachstand für die Einrichtung eines Kiosks – wie von den Bürgern gewünscht – auf dem neugestalteten Platz?

Derzeit sind für die Gestaltung des Kiosks die Leistungsphasen 2 und 3 durch die Karlsruher Fächer GmbH beauftragt. Da das Projekt aus einem Wettbewerb für junge Architektur hervorging und ein kleines Hochbauprojekt darstellt, können die ersten Leistungsphasen sehr komprimiert erfolgen. Diese werden Ende des Jahres abgeschlossen sein. Dann kann das Liegenschaftsamt einen Betreiber suchen, der das Kiosk nach diesen Plänen bauen will.

5. Wie ist die Auffassung der Stadtverwaltung zu den Vorschlägen des Bürgervereins Oststadt im Fall einer längeren Verzögerung?

Von Seiten des Gartenbauamtes wurden Sicherungsmaßnahmen verstärkt. Die beauftragte Firma hat mutwillig beschädigte Bauzäune und aus den Angeln gerissene Tore im Bereich zwischen Schule und Kirche instandgesetzt. Auch für die folgende Zeit überwacht die Firma die Bauzäune. Die Beschilderung und Verkehrslenkung wurden konzipiert und wird im Folgenden kontrolliert und instandgehalten.

Die „Oktave“ ist weiterhin fußläufig erreichbar, z.B. über die Treppen an der Kirche oder barrierefrei über die Straßenzuführungen. Die Anlage eines provisorischen Schotterweges zur direkten Anbindung der Ludwig-Wilhelm-Straße wird auf Grund der Verzögerung beim 1. BA angestrebt.

Der zweite Bauabschnitt am ehemaligen Wall wird parallel starten und nicht, wie ursprünglich geplant, im Anschluss an den 1. Bauabschnitt. Die Vergabe an eine Baufirma soll Mitte nächsten Jahres beschlossen werden. Weitere Bauabschnitte folgen dann in der Weise, dass sich die bauausführenden Firmen nicht gegenseitig behindern. Die Bauleistungen mit Ausnahme der Vegetationstechnik können so bis Mitte 2026 zum Abschluss kommen.

Sobald Maßnahmen vorgezogen werden können, wird die Verwaltung die Öffentlichkeit informieren.